



- | | | |
|--|---|--|
| <p>Die Klausuren sind mit einer regionalisierten, alternativen Sattelmastung zu zusetzen (s. Planzusatzvorschriften in Unterlage 2). Die Pflege ist auf das erforderliche Maß zu beschränken.</p> <p>1. Bausegnetzbuch (BaUGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 24), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 12. April 2011 (BGBl. I 619).</p> <p>2. Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I 1990, S. 132), zuletzt geändert durch Art. 3 des Investitionsförderungs- und Wohnbaulandgesetzes vom 22. April 1993 (BGBl. I 1993, S. 468).</p> <p>3. Verordnung über die Ausarbeitung der Baulandpläne sowie über die Darstellung des Planbereichs BauNVO vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I 1991, S. 58) sowie die Anlage zur PlanVO 90 und die DIN 18003.</p> <p>4. Landesbaurecht für Rheinland-Pfalz (LbauVO) vom 24. November 1998 (GVBl. S. 365), zuletzt geändert bzw. neu gefasst durch Art. 6 des Gesetzes vom 27. Oktober 2009 (GVBl. 2009, S. 358).</p> <p>6. Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz in der Fassung vom 31. Januar 1994 (GVBl. S. 163), zuletzt geändert durch § 142 Abs. 3 des Gesetzes vom 20.10.2010 (GVBl. S. 819).</p> <p>7. Gesetz zur Neuregelung des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. 2009, S. 2542); seit 01.03.2010 in Kraft;</p> <p>7. Landesnaturschutzgesetz (LandNatSchG) in der Fassung vom 28. September 2009 (GVBl. S. 387), geändert durch Verordnung vom 22. Juni 2010 (GVBl. S. 106).</p> <p>8. Wasserhaushaltsgesetz in der Fassung vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2565) zuletzt geändert durch Artikel 12, Gesetz vom 11. August 2010 (BGBl. I S. 1163).</p> <p>9. Landeswassergesetz (LWG) in der Fassung vom 22.01.2004 (GVBl. 2004 S. 54), zuletzt geändert durch das 52. Gesetz vom 08. März 2011 (GVBl. I S. 47).</p> <p>10. Denkmalschutzgesetz (DSchG) vom 23. März 1978 (GVBl. I 1978, S. 159), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 28. September 2010 (GVBl. I 301).</p> <p>11. Flurbereinigungsgesetz (FlurbG) vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 546), zuletzt geändert durch Art. 17 des Gesetzes vom 19. Dezember 2006 (BGBl. I Seite 2794).</p> | <p>A: PLANBEREICHENDE FESTSETZUNGEN
(§ 9 Abs. 1 BauGB)</p> <p>1. Verkehrsräume besonderer Zweckbestimmung
(§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)</p> <p>Als Verkehrsräume besonderer Zweckbestimmung werden Wirtschafts- und Gewerbe entsprechend der Planänderung festgesetzt.</p> <p>2. Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 14, 15 und 25a und b BauGB)</p> <p>Im Umweltbericht befindet sich eine Planzeile, die für die einzelnen Maßnahmen Vorgaben für die Begrünungs- und Bepflanzungsmaßnahmen aufstellt.</p> <p>g 1 Erhaltung und Entwicklung von flächenhaften Gebietsbeständen des Verkehrsgebietes Im westlichen Anliegerabschnitt der A 85 sowie zwischen A 64 und K 5</p> <p>(§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB)</p> <p>Die vorhandenen Gebietsbestände und sonstigen Vegetationsflächen sind in ihrer jetzigen Ausdehnung zu erhalten. Im Bereich des Ausbaus der Straße und die Entlangung nicht mehr benötigter Fahrstreifen. Die außerhalb der zukünftigen Sickerfläche liegenden Flächenbestände sind derart zu überbauen, die Pflege im Übergangsbereich zu den dort folgenden Vegetationsperioden gleichwertig zu ersetzen (s. Pflanzenvorschriften in Unterlage 2).</p> <p>g 2 Landschaftsgärtnerische Gestaltung der Kreisverkehrsanlage und deren Umfeld
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB)</p> <p>Die Planflächen im Bereich der Kreisverkehrsanlage sind grundsätzlich zu gestalten. Dabei ist darauf zu achten, dass keine Sichtbehinderung für den fließenden Verkehr entsteht. Die Flächen sind dauerhaft zu begrünen und zu bepflanzen. Hierzu eignen sich Bäume, die mit unterschiedlichen Faktoren sowie Stauden mit einer maximalen Höhe von 1 m, in den parallel zur L 509 liegenden Planflächen sind gemäß der Planänderung Bäumen und Sträuchern zu überbauen. Die Pflege im Übergangsbereich zu den dort folgenden Vegetationsperioden gleichwertig zu ersetzen (s. Pflanzenvorschriften in Unterlage 2).</p> <p>g 3 Landschaftsgärtnerische Gestaltung der Straßenbepflanzungen und angrenzender Sickerflächen Im Bereich der neuen Verbindungsstraße und Bypässe
(§ 9 Abs. 1 Nr. 14, 15 und Nr. 25a BauGB)</p> <p>Die unbestraften Straßenstreifen sind landschaftsgeprägt mit einer kräftigen Baumstellung anzulegen und dauerhaft als extensive, blütenreiche Streifen zu entwickeln. Je nach Exposition der Bepflanzungen sind unterschiedliche Baumstellungen zu verwenden. Die für die Ableitung von Niederschlagswasser technisch erforderlichen Sickerflächen sind mit einer standortgerechten Gestaltung anzulegen (s. Pflanzenvorschriften in Unterlage 2). Die Pflege ist auf das erforderliche Maß zur Aufrechterhaltung der Funktion zu beschränken.</p> <p>g 4 Landschaftsgärtnerische Einbindung des Brücken- und Trogbauwerkes in das Stadtbild
(§ 9 Abs. 1 Nr. 15, 25a BauGB)</p> <p>Die Grünflächen vor den Brückenwiderlagern sind mit dichten Strauchhecken zu bepflanzen. Dabei ist die Zugänglichkeit zu den Widerlagern dauerhaft zu gewährleisten. Die Wände des Trogbauwerkes sind im Bereich der Unterführung mit Rank- oder Kletterpflanzen zu bepflanzen. Die Pflanzungen sind dauerhaft zu erhalten. Abgibtge Gebiete sind spätestens in der darauf folgenden Vegetationsperiode gleichwertig zu ersetzen (s. Pflanzenvorschriften in Unterlage 2). Alle sonstigen Flächen innerhalb dieser Maßnahme sind als extensive Grün- oder Kletterflächen zu entwickeln. Die Pflege ist auf das erforderliche Maß zu beschränken.</p> <p>g 5 Landschaftsgärtnerische Einbindung der geplanten Landschaftszurückführung in Verbindung mit einer Aufwertung von Bodenstandorten
(§ 9 Abs. 1 Nr. 15, 25a BauGB)</p> <p>Das Bauen wird als Landschaftszurückführung. Die Wand ist durch eine Begrünungsbepflanzung und/oder durch eine architektonische Gestaltung in das Stadtbild einzubinden. Die sich nördlich anschließende Fläche wird landschaftsgärtnerisch gestaltet und durch einen Grasen angeschlossen. Die Flächen zwischen der geplanten Landschaftszurückführung und dem neuen Grasen werden mit Baumgehölzen bzw. Einzelbäumen dicht bepflanzt (s. Pflanzenvorschriften in Unterlage 2). Umgebend nach der Fertigstellung der Landschaftszurückführung und der erforderlichen Geländemaßnahmen ist die Planung der Geländemaßnahmen durchzuführen. Das Gesamtbild einer geländegestalteten Fläche ist zu erhalten zu gewährleisten. Die Pflege ist auf das erforderliche Maß zu beschränken. Der Bereich zwischen dem Grasen und den nördlich angrenzenden Privatgrundstücken wird als private Grünfläche ausgewiesen und ist dauerhaft zu begrünen (keine Bepflanzung, keine Überbauung). Darüber hinaus sind wegbegleitende Baumfällungen möglich. Die Ausweisung einer privaten Grünfläche an dieser Stelle soll eine Erweiterung der privaten Gärten zu Gunsten der angrenzenden Hausbesitzer ermöglichen. Dass eine Erweiterung des privaten Gartens seitens der Hausbesitzer zu erwarten ist, zeigen die öffentlichen Grundstücke weiter westlich (außerhalb des Plangebietes), die als Garten genutzt und zur Vergrößerung des Gartens genutzt werden. Im Bereich der alten L 509 erfolgt ein vollständiger Rückbau und Entlangung der alten Fahrbahn. Die Flächen sind anschließend mit Oberboden auszuweichen und zu begrünen.</p> <p>g 6 Landschaftsgärtnerische Gestaltung straßenbegleitender Pflanzstreifen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB)</p> <p>Entlang der neuen Verkehrsfläche, westlich und südlich der Kreisverkehrsanlage, erfolgt im Anschluss an die Sickerfläche die Ausweisung eines 1,00 m breiten Pflanzstreifens. Die Streifen sind als durchgehende Baumreihen anzulegen. Im Bereich des Anliegerstraßen zum Gewerbegebiet „Am Messegelände“ sind die Bäume mit einem Pflanzabstand von mindestens 4,00 m zur Straße und 20 m zwischen den einzelnen Bäumen zu pflanzen. Südlich des neuen Verbindungsstraßen L 509 sind die Bäume mit einem Pflanzabstand von mindestens 3,50 m zur Straße und mindestens 15 m zwischen den einzelnen Bäumen zu pflanzen. Zwischen den Baumreihen sind Solitärsträucher zur weiteren Gestaltung zu pflanzen (s. Pflanzenvorschriften in Unterlage 2). Die Gehölzpflanzungen sind unmittelbar nach Abschluss der Straßenbauarbeiten und nach Beginn der Vegetationsperiode durchzuführen. Abgibtge Gebiete sind spätestens in der darauf folgenden Vegetationsperiode gleichwertig zu ersetzen.</p> | <p>Die Klausuren sind mit einer regionalisierten, alternativen Sattelmastung zu zusetzen (s. Planzusatzvorschriften in Unterlage 2). Die Pflege ist auf das erforderliche Maß zu beschränken.</p> <p>3. Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 und Abs. 6 BauGB)</p> <p>g 8 Entwicklung einer Strauchhecke südöstlich von Landau-Mühlheim
(§ 9 Abs. 1 Nr. 20 in Verbindung mit § 1a BauGB)</p> <p>Für die Entwicklung einer Strauchhecke südöstlich von Landau-Mühlheim auf ehemaligen Ackerflächen angelegt und im Oktober der Stadt Landau angestellt. Die Ökonomiefläche befindet sich ca. 1,8 km südöstlich des Geländes. Für die Komposition werden 3 beschriebene Teilflächen herausgegriffen. Es handelt sich um die Flächen mit den Flurstücknummern 328 und 327/8 (2 Teilflächen). Die Gehölzpflanzungen sind dauerhaft zu erhalten. Die Pflege ist gemäß den Vorgaben des Umweltamtes durchzuführen.</p> <p>4. Flächen für die Abwasserbeseitigung einschließlich der Rückhaltung von Niederschlagswasser (§ 9 Abs. 1 Nr. 14 und Abs. 6 BauGB)</p> <p>g 7 Naturnahe Gestaltung einer Kreisverkehrsanlage
(§ 9 Abs. 1 Nr. 14 und Nr. 25a BauGB)</p> <p>Umgebend der geplanten Kreisverkehrsanlage erfolgt der Bau eines naturnahen, flachen Erdbauwerks zur Verankerung von Niederschlagswasser aus dem Straßenbereich. Die Beckensohle ist mit einem natürlichen, nährstoffarmen Bodensubstrat zu bedecken und mit Stängelpflanzen anzulegen. Die Bepflanzungen sind durch eine standortangepasste Ansatz mit kräftigen, naturnahen Landschaftsformen zu begründen. In den Randbereichen erfolgt eine lokale standortgemäße Strauchpflanzung mit Einzelbäumen (s. Pflanzenvorschriften in Unterlage 2). Abgibtge Gebiete sind spätestens in der darauf folgenden Vegetationsperiode gleichwertig zu ersetzen. Die Unterhaltungspflege ist auf das erforderliche Maß zur Aufrechterhaltung der Funktion der Verankerungsfläche zu beschränken.</p> <p>5. Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen i.S.d. Bundesimmissionsschutzgesetzes (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)</p> <p>Nördlich der L 508 erfolgt der Bau einer neuen Landschaftszurückführung.</p> <p>6. Zuordnungsfestsetzung (§ 9 (1a) BauGB)</p> <p>Die im Rechtsplan festgesetzten Flächen zum Ausgleich</p> <p>- öffentliche Grünflächen in Verbindung mit Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft</p> <p>und die darauf durchzuführenden Maßnahmen zum Ausgleich werden</p> <p>den durch die Herstellung der öffentlichen Verkehrsflächen (Straßen und Wege) zugeordnet.</p> <p>B: HINWEISE</p> <p>1. Auf die Bestimmungen des Denkmalschutz- und Pflegegesetzes des Landes Rheinland-Pfalz angewiesen. Funde im Sinne des Gesetzes sind Gegenstände von denen bei ihrer Entscheidung annehmen ist, dass sie Kulturdenkmäler sind oder als solche gelten (§ 16 DSchG).</p> <p>Funde sind unverzüglich der Denkmalschutzbehörde mündlich oder schriftlich anzuzeigen. Die Anzeige kann auch bei der Unteren Denkmalschutzbehörde (§ 17 DSchG) erfolgen. Der Fund und die Fundstelle sind bis zum Ablauf einer Woche nach Entdeckung der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten und soweit notwendig in geeigneter Weise vor Gefahren für die Erhaltung des Fundes zu schützen (§ 18 Abs. 1 DSchG).</p> <p>2. Für den Bau einer Verankerungsanlage ist ein eigenes Wasserrechtverfahren erforderlich, das von der Oberen Wasserbehörde SGG Bad genehmigt wird.</p> <p>3. Für die kurzfristige Einbindung der neuen Landschaftszurückführung (Maßnahme G 5) im rückwärtigen Bereich ist die Verwendung von Strauchpflanzungen höherer Kulturstufen zwingend erforderlich (s. Planzeile in Anlage).</p> <p>4. Bei der Pflanzung der Solitärsträucher im Bereich der Baumreihen (Maßnahme G 6) sind darauf zu achten, dass der Pflegeaufwand im Bereich der neuen Grasenwege gering zu halten ist. Hier sind in der Gefährdungsplanung geeignete Arten (geringes Breitenwachstum) zu verwenden.</p> <p>5. Atenschutzrechtliche Belange nach § 44 BtSchG sind bauzeitlich beim Rückbau der bestehenden Landschaftszurückführung zu beachten. Die notwendigen Vermeidungsmaßnahmen für die Mauerdecksche sind in Unterlage 9 zum Umweltbericht aufgeführt.</p> <p>6. Nach Fertigstellung der neuen Landschaftszurückführung erfolgt ein Abriss und vollständiger Rückbau der alten Landschaftszurückführung im rückwärtigen Bereich zur angrenzenden Bepflanzung.</p> <p>7. Die Kabelschutzanweisung der Telekom sind bei der Bauausführung zu beachten. Die Bauarbeiten sind sechs Monate vor Baubeginn anzuge</p> |
|--|---|--|